

Vorlage Nr. 49/2023		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung „Haushalt und Schulbetrieb“ des Schulamtes

A Problem

In seiner Sitzung am 30.11.2021 hat der Ausschuss für Schule und Kultur das Handlungsprogramm zur Unterstützung der Schulen bei der Bewältigung der Coronapandemie beschlossen. Mit Beschluss vom 18.04.2023 (Vorlage Nr. IV-S 8/2023-1) hat der Fachausschuss die Fortführung des Handlungsprogramms beschlossen und das Schulamt auch vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels beauftragt, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Schulen zielgerichtet mit zusätzlichem pädagogischen Personal zu unterstützen.

Für die Bewirtschaftung der für das Handlungsprogramm bewilligten üpl. Bedarfe und das entsprechende pädagogische Personal wurden dem Schulamt bisher keine personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt. Bislang war die Umsetzung des Handlungsprogramms nur aufgrund der hohen Einsatzbereitschaft der Sachbearbeiter:innen und die Zurückstellung von Regelaufgaben möglich. Auf Dauer können die zusätzlichen Aufgaben aber nicht mit dem vorhandenen Personal geleistet werden.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Abteilung „Haushalt und Schulbetrieb“ des Schulamtes.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 65.500 € brutto/Jahr (1,0 Stelle, Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)). Die Finanzierung wird im schulischen Gesamthaushalt sichergestellt.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere

Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wurde in seiner Sitzung am 18.04.2023 beteiligt.

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Abteilung „Haushalt und Schulbetrieb“ des Schulamtes.

Zum Haushalt 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister